



„Die steigenden Energiepreise gefährden den Wirtschaftsstandort Österreich und 600.000 Arbeitsplätze allein im Handel. Energiesparen wird damit zum Gebot der Stunde.“

Laut Rainer Will, dem Chef des Handelsverbandes, haben sich die Stromkosten in der Branche verdreifacht. Foto: Stephan Doleschal



Moderator Gustav Dressler (v. l.), Christoph Neumayer (IV), Eva Dichand (Heute), Verena Winiwarter, Norbert Totschnig und Georg Brasseur. Foto: Die Fotografen

„Gas auch nach dem Krieg teuer“

Gaspreise wie vor dem Krieg wird es nach Ansicht von OMV-Aufsichtsrat Karl Rose nicht mehr geben.

Innsbruck – „Der Gaspreis wird auch nach dem Krieg nicht mehr dorthin zurückkehren, wo er war.“ Das hat OMV-Aufsichtsrat Karl Rose im Rahmen einer Diskussion des Tiroler Unternehmernetzwerks Adler Runde am Montag klargestellt. Man müsse auch nach Kriegsende mit einem Gaspreis rechnen, der um 200 Prozent höher sein wird als vor dem russischen Einmarsch in die Ukraine – also einer Verdreifachung der Vorkriegspreise. „Derzeit ist es teurer aufgrund des Krieges, aber wir werden künftig teurer sein, weil wir aus fossilen Energieträgern aussteigen wollen.“ Er geht nicht davon aus, dass es zu einem völligen Gas-Lieferstopp kommen wird. „Ansonsten haben wir eine ernste Situation.“

Russisches Öl sei im Gegensatz zum Gas relativ leicht aus anderen Quellen ersetzbar. Aus Russland wird aber auch viel Heizöl und Diesel importiert. „Dass Tankstellen teilweise Probleme haben, Diesel zu bekommen, werden wir im kommenden Winter öfter hören, weil etwa die russischen Lieferungen von einigen Millionen Barrel in Europa abgehen.“ Für den Energieexperten sei die Situation aber bewältigbar. „Das werden wir managen können, aber das wird natürlich die Preise erhöhen.“ In diesem Zusammenhang zeigt der Energieexperte wenig Verständnis für die Vollkasko-Unterstützungsmentalität nach dem Gießkannenprinzip. Schließlich habe die Gesellschaft bereits vor dem Krieg beschlossen, „dass fossile Energie teurer werden muss, um Verhalten zu ändern“, so Rose: „Daher

finde ich die Diskussion, dass wir sofort eingreifen, wenn es etwas teurer wird, nicht zielführend.“ Denn derzeit sei man zwar teurer aufgrund des Krieges: „Künftig werden wir aber teurer sein, weil wir aus der fossilen Energie aussteigen wollen.“ Und auch die alternativen Energieträger seien teurer. „Dafür werden unsere Enkel dann von einer abgeschriebenen Infrastruktur profitieren.“

Die Abhängigkeit von Russland könne man nach 50 Jahren nicht innerhalb weniger Monate beiseiteschieben, betonte E-Control-Chef Wolfgang Urbantschitsch. „Die jüngsten Entscheidungen auf politischer Ebene bewirken aber, dass wir deutlich besser dastehen als vor wenigen Monaten.“ Es sei gelungen, Gas aus anderen Quellen nach Österreich zu bekommen, und Österreich verfüge über große Gasspeicher, auch wenn nicht alles Gas darin auch für Österreich bestimmt sei. „In Summe sind wir aber für sehr viele Szenarien sehr gut gerüstet“, meint Urbantschitsch. Wobei Rose im Zusammenhang mit den Gasspeichern ein anderes Problem sieht, zumal es auch dauert, bis das Gas aus den Gasspeichern zur Verfügung steht. „Man kriegt nicht alles so schnell heraus, wie man es braucht.“

Aus der Sicht von Wirtschaftsminister Martin Kocher habe die Entkoppelung von Strom- und Gaspreis auf europäischer Ebene höchste Priorität. Die Inflationsrate werde sich heuer zwischen 7 und 8 Prozent einpendeln mit der Gefahr, dass sich das in absehbarer Zukunft weiter verfestigt. (mas)



OMV-Aufsichtsrat Karl Rose (r.) und E-Control-Vorstand Wolfgang Urbantschitsch analysierten die aktuelle Energiekrise. Foto: Franz Oss

Radikale Klimawende und Preis für „Müll CO₂“ nötig

Experten schlugen beim ersten Symposium der neu gegründeten Plattform netER Klima-Alarm – aber sehen den Planeten noch nicht verloren.

Von Alois Vahrner

Telfs – Als gemeinnütziger Verein für die Energiewende wurde netER (steht für New Energy Transition Europe Researchassociation) aus der Taufe gehoben. Auf wissenschaftlicher Basis sollen ganz konkrete Lösungen für einen emissionsfreien Kontinent gefunden werden, ein Ziel ist auch die Bündelung von Experten aus der Wissenschaft mit Entscheidungsträgern in Politik und Wirtschaft. Im Vereinsvorstand von netER (Sitz kommt von Wien nach Telfs) agieren BioNTech-Mitgründer Christoph Huber, Univ.-Prof. Georg Brasseur von der TU Graz und der Industrielle Arthur Thöni.

Bei der Kick-off-Veranstaltung in der Thöni Sky Lounge schlug Prof. Gerald Haug von der ETH Zürich in Sachen Klimawandel Alarm. Bisher sei kein einziges Klimaziel erreicht worden. Die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre liege auf Rekordniveau, das

1,5-Grad-Erwärmungsziel sei schon jetzt nicht mehr erreichbar, das wichtige 2-Grad-Ziel nur mit einer radikalen Wende. „Derzeit sind wir auf dem Weg unserer aller schlimmsten Phantasien mit bis zu 5 Grad Erwärmung.“ Das hätte katastrophale Folgen, laut Haug seien auch 3 Mrd. Klima-Flüchtlinge weltweit zu erwarten. „Wir müssen möglichst rasch die Verbrennung von fossilen Energieträgern stoppen und haben dafür alle Technologien parat. Die müssen aber auf den Platz.“ Der totale Umstieg auf grüne Energie sei nicht nur möglich, er rechne sich auch. Und CO₂ sei Müll und müsse einen entsprechend hohen Preis bekommen. In einigen Jahrzehnten seien dann auch Lösungen wie die Kernfusion möglich.

In eine ähnliche Kerbe schlug auch Univ.-Prof. Brasseur. Es dürfe nicht nur der Strom im Auge behalten werden, sondern der gesamte Energieverbrauch der Welt.

Und der komme zu 84 Prozent aus fossilen Brennstoffen (33 Prozent Kohle, 27 Prozent Öl und 24 Prozent Erdgas). Die Hälfte aller Emissionen komme aus China, den USA und Indien, aus Europa „nur“ etwa 10 Prozent. „Es geht um eine Defossilisierung der Welt.“ Nur drei Prozent der Energie stamme derzeit aus Sonne und Wind, die Kapazitäten müssten regelrecht explodieren. Laut Brasseur müsste die Zahl der Windräder global um den Faktor 35 auf 3 Mio. ansteigen, die Kollektorfläche für Photovoltaik um den Faktor 111 auf 258.000 Quadratkilometer (das ist dreimal die Gesamtfläche Österreichs). Laut Brasseur gehe es darum, möglichst viel Energie zu sparen sowie grünen Strom ebenso massiv auszubauen wie grüne speicherbare Energieträger. Grüner Wasserstoff und grün erzeugte synthetische Kraftstoffe seien eine Lösung. Ganz generell gelte es für die Politik, jenseits aller Ideologien grundsätzlich kei-

ne Technologien zu präjudizieren.

Laut der Wiener Univ.-Prof. Verena Winiwarter gehe es weniger um Verzicht als um das Vermeiden von Verschwendung. Ein Drittel der Lebensmittel werde weggeworfen. Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig und Staatssekretär Florian Tursky (beide ÖVP) verwiesen auf Offensiven beim Ausbau alternativer Energien und der Digitalisierung, die auch mehr Effizienz schaffe, Tirols LH Günther Platter auf den Ausbau von Wasserkraft und Solarstrom.

Arthur Thöni sieht in der Energiewende eine Riesenaufgabe und Chance nicht nur für Tirol, sondern auch die zehn Arge-Alp-Regionen mit ihren 26 Mio. Einwohnern. In Telfs sei die erste vollautomatische Kompostieranlage und das erste Biogaskraftwerk realisiert worden. Tirol exportiere seit vielen Jahren je 200.000 Tonnen Müll und Wertstoffe und zahle dafür auch noch 12 Mio. Euro.

Arbeitsmarkt könnte sich eintrüben

Wien – Noch wächst die Wirtschaft kräftig und die Arbeitslosigkeit liegt „überraschend“ deutlich unter Vorjahresniveau, sagte Arbeits- und Wirtschaftsminister Martin Kocher (ÖVP) vor Journalisten. Aber im Oktober wird sich zeigen, ob die Arbeitslosigkeit stärker ansteigt als saisonal ohnehin üblich. Die Prognose für 2023, die aktuell noch bei 1,5 Prozent Wirtschaftswachstum liegt, wird wohl nicht halten, erwartet Kocher. Denn „man sieht schon eine stärkere Eintrübung“, sagte er am Dienstag.

Die aktuellen Preisanstiege für Energie seien für Haushalte wie auch für Unternehmen „bedrohlich“, so Kocher.

Darum werde nun an einem Energiekostenzuschuss für Unternehmen gearbeitet. Dieser werde auf Grund von EU-Regeln für „energieintensive Unternehmen“ kommen, deren Energiekosten mehr als drei Prozent des Umsatzes ausmachen.



Arbeitsminister Kocher erwartet eine Eintrübung der Wirtschaft. Foto: APA

Der Minister verwies auf die Senkung der Lohnnebenkosten um 0,4 Prozentpunkte, die Verringerung von Unfallversicherungsbeitrag und Insolvenzgeldfonds um je 0,1 Punkte und die mit Anfang 2023 vorgesehene Senkung des Beitrags zum Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) um 0,2 Prozentpunkte. „Das soll natürlich auch ein Signal für die Lohnverhandlungen sein.“ (APA)

BEZAHLTE ANZEIGE

Diesmal NEOS 25.09.

OBERHOFER KANN DIE TOURISMUS-ABGABE ABSCHAFFEN